

Finanzkrise – Runde 2

Wenn Staaten ihren Kredit verlieren, ...

Nürnberg, 24.6.10

0. a) Vor 4 Wochen: Griechenlandpleite, Eurokrise ...; im 2. Teil des letzten Vortrags wurde schon davon gehandelt: Harmonie von Staat und Finanzkapital ist dahin. Vorgetragenes soll schwer gewesen sein.

Schwer – auch deshalb, weil auch durch Zeitungslektüre unterrichtete Zeitgenossen in Sachen Finanzsystem, Geld, Staatsfinanzen sich einfach für inkompetent erklären und es auch sind. Man kennt kaum den Stoff. Auch eine Form von falschem Bewusstsein, das zum Kapitalismus gehört: Eine entscheidende Existenzbedingung, von der das Geldverdienen und Lebenkönnen – wie man jetzt erfährt – total abhängt. Und alle Abhängigen anerkennen, dass das Sachen für Experten sind und dass sie unzuständig sind – sogar für die Beurteilung dieser elementaren kapitalistischen Lebensbedingung. Solange die Straßenbahn fährt, der Strom aus der Steckdose kommt ..., reicht es, wenn jeder sich um sein Geldverdienen kümmert. Wenn dann all das durch die Krise des Kredits und des Geldes zu unterbleiben droht, dann ist das Erschrecken groß und es ertönt der Ruf, dagegen soll etwas getan werden.

b) Was die politische und ökonomische Tagesordnung bestimmt – Fortentwicklung der Krise in den letzten vier Wochen

- Euro-Rettungsprogramm von 750 Mrd. Euro; täglicher Blick auf die Anleihemärkte, ob sie europäischen Staaten neue Schulden abkaufen.

- Inzwischen neue Bankenkrise in den Südländern, weil die Schulden ihrer Regierungen als fragwürdig gelten – leichte Beruhigung, ohne Entwarnung

- Deutscher Beschluss zum größten Sparprogramm in der Geschichte der BRD zwecks Haushaltskonsolidierung, das von Politikern und der Presse als extrem unsozial bezeichnet wird: Das Misstrauen in den Euro bekämpft die Regierung mit dem Zusammenstreichen von Hartz IV. Was der Lebensunterhalt der Arbeitslosen und Armen mit dem Zweifel an der Haltbarkeit des Euro zu tun hat, wie viele – ökonomisch ganz verkehrte – Zwischenschritte nötig sind, um von dem einen zum anderen zu kommen, das lohnt sich einmal aufzudröseln.

Auch ohne die Zwischenschritte ist das eine schöne Klarstellung über unsere Wirtschaftsordnung: Die Regierung gibt sich gar keine Mühe, sich vor dem Maßstab der vermissten „sozialen Ausgewogenheit“ zu rechtfertigen. Sie erklärt ihre Streichaktion für alternativlos und legt Wert auf das Bild konsequenten Zuschlagens: Sie wirbt für die Solidität des Euro damit, dass sie den unteren Schichten ihrer Gesellschaft Zumutungen verordnen kann – und keinen ernstesten Widerstand dagegen auslöst. Mehr Armut der Armen, das kann der internationalen Glaubwürdigkeit des Geldes nur gut tun!

- Eine weltpolitische Konfrontation der ökonomischen Großmächte Deutschland und USA darüber, wie die Weltwirtschaft zu retten wäre – und wie sie nur in noch größeres Chaos gestürzt wird. Das deutsche Sparpaket – in Verbindung mit deutschen Exporterfolgen –, hierzulande alternativlos und hilfreich, hält US-Präsident Obama für den Weg in die globale Rezession.

Umgekehrt erklärt Merkel den amerikanischen Weg aus der Krise – gigantisches deficit spending zwecks Ankurbelung von Wirtschaftswachstum (also genau das, was bis ins Frühjahr auch hierzulande angesagt war) – für den sicheren Weg in die nächste Schuldenkrise und die Ursache der jetzigen.

> Vor Jahren haben wir die imperialistische Qualität von Krise und Krisenbewältigung vorweggenommen. Hier ist sie!

Themen des heutigen Vortrags sind also,

I. was die Natur der Krisenlage ist.

II. wie die Staaten sie zur Kenntnis nehmen und wie sie dagegen ankämpfen?

III. was die Armut der Armen als Mittel der Krisenbewältigung taugt und was nicht; warum

sie trotzdem „alternativlos“ ist.

I. Natur der Krisenlage: Symbiose und Zerwürfnis zwischen der politischen Macht und dem Finanzkapital. Beides zeigt, dass der kapitalistische Staat gar nicht bloß „ideeller Gesamtkapitalist“ im Sinn des Setzers und des Garanten der politischen Rahmenbedingungen des kapitalistischen Geschäfts ist, sondern – obwohl selbst kein Kapitalist – so etwas wie der Generalunternehmer des nationalen Kapitalismus.

1. Was über die Symbiose und das Zerwürfnis von Staat und Finanzkapital in allen Zeitungen steht.

a) Im Herbst 2008 Rettung der Banken durch Staaten. Spekulative Akkumulation von immer neuen Kreditformen und Vermögentiteln ist irgendwann zusammengebrochen; Banken besitzen nichts als solche Vermögen; wenn sie plötzlich Geld zahlen müssen, um Kreditversprechen einzulösen, anstatt dass sie immer neuen Kredit geben und kreieren können, dann sind sie pleite. Kredit – die Antizipation künftiger Profite und die Kapitalisierung dieser Antizipation – ist ihr Reichtum.

Die Staaten haben mit einem politischen Beschluss gigantische Geldbeträge geschöpft und den laufenden Zusammenbruch des Bankensystems gestoppt: mittels Garantien für Spareinlagen und Bankschulden, direkten Krediten an insolvente Banken, Abkauf wertloser Papiere oder direkter Verstaatlichung. So haben sie die Banken als Zentren des Zahlungsverkehrs und als Quellen von Kredit erhalten – und das nationale oder europäische Geld gerettet.

Die nötige Geldschöpfung haben die Staaten nach ihren Prinzipien abgewickelt, teils als „billiges Geld“, Liquiditätsschöpfung der Zentralbank, teils, wenn direkte Zuschüsse nötig waren, aus dem Staatshaushalt über Schulden, die die Retter bei den Geretteten machten und diesen dadurch schon wieder neue Profitquellen spendiert haben.

Das alles kann die politische Macht.

b) Inzwischen bedanken sich die Geretteten bei ihren Rettern mit Misstrauen in die Schulden der Staaten, die nicht zuletzt für ihre Rettung aufgelegt wurden; und die sie den Staaten ja auch erst einmal abgekauft haben.

Banken und Investoren bewerten öffentliche Schulden, wie vorher private, nunmehr nicht mehr als sichere Versprechen zukünftiger Verzinsung – also als gutes Geldkapital –, sondern als Versprechen, deren Erfüllung angesichts der Schuldenlast in den Staatshaushalten zweifelhaft ist; sie kaufen den Staaten neue Schuldpapiere, mit deren Erlös diese die alten Schulden tilgen wollen – die Staatsschulden insgesamt also verewigt werden sollen –, nicht mehr ab; so führen sie den Staatsbankrott Griechenlands herbei – weitere drohen – und spekulieren auf das Zerbrecen der Euro-Zone. So werden Staaten vom Finanzkapital ökonomisch entmachtet. Das können die Financer.

Politiker und Medien finden das zum Teil sehr ungerecht (Wagenknecht: „Es kann nicht sein ...“), wollen den Banken verbieten, ihren Staat zu schädigen, und ihre Nation schützen.

Das alles steht in der Zeitung. Was aber nicht in der Zeitung steht:

2. Schlüsse auf die Natur der ökonomischen Macht des Finanzkapitals und des Staates

a) - Wenn der Staat durch ein Machtwort Banken retten und Kredit in die Welt setzen kann, wo es private Kapitalisten wegen ihrer Profitrechnung nicht mehr wollen und können, dann zeigt das: Gewalt ist die Seele des Geldes: Der Staat macht das Geld, schöpft = emittiert es; stattet seine Zettel mit dem gesetzlichen Annahmezwang aus und macht sie so zum allgemeinen Medium des gesellschaftlichen Verkehrs der Gesellschaft von Eigentum und Kapital: Die politische Macht kriert die vergegenständlichte Privatmacht des Eigentums durch dessen verfassungsrechtlichen Schutz und die Bereitstellung des Dings, das verbindlicher Träger dieser Privatmacht ist.

- Als politischer Schöpfer des Geldes macht sich der Staat zum Rückgrat des privaten Kreditgeschäfts: Er erlaubt ihm – nicht erst in der Krise – die Gleichung (stets zweifelhaft) von Schulden und Geld und ermöglicht ihm das Aufrechterhalten der Gleichung, indem er den Banken einen im Prinzip unbegrenzten Zugang zu „Liquidität“, d.h. zu Geld der Staatsbank gewährt und somit sie mit Zahlungsfähigkeit ausstattet: Die Zentralbank tauscht oder verleiht Staatsgeld gegen gute Schulden im Besitz der Banken, tauscht also Schulden gegen Geld und behauptet so die Identität beider. Der Staat gibt dem Finanzsektor Kredit – und befreit die Expansion des Kreditgeschäfts von vorhandenem, früher schon verdientem und akkumuliertem Geld.

- Als politischer Garant des Kreditwesens und als Geldschöpfer, der selbst nicht infolge gelungener Geschäfte, also in Abhängigkeit vom Geschäftserfolg (wie Private), sondern qua Hoheit über das Geld und über die Gesellschaft zahlungsfähig ist, genießt der Staat umgekehrt den Kredit der Geldanleger und kann seine Finanzbedürfnisse durch die Emission von Staatsschulden finanzieren, die sie ihm abkaufen und als Geldkapital höchster Bonität handeln.

b) Jetzt das umgekehrte Bild.

Zwecks Bankenrettung hat der Staat Schulden = Geldkapital in die Welt gesetzt; nicht um neue Investitionsgelegenheiten zu erschließen und Wachstum anzustoßen, sondern um geplatzten Privatkredit vor dem Zusammenbruch zu bewahren.

Finanzkrise = Zustand, in dem manifest wurde, dass viel zu viel Geldkapital für die ausnutzbaren Verwertungsgelegenheiten geschaffen war. In dieser Lage hat der Staat eine weitgehende Entwertung von Kapital nicht zugelassen und die Katastrophe dadurch gestoppt, dass er zu dem ökonomisch nicht bestätigten, überakkumulierten Kredit noch viel mehr ökonomisch ungerechtfertigten politischen Kredit hinzugetan hatte. Was vor zwei Jahren die gute Leistung der Politiker war, ist jetzt Ursache des Misstrauens in Staatsschulden und Geld:

Staaten haben im Interesse der Bankenrettung ihre Kreditschöpfung = Auflegen von Staatsschulden von der ökonomischen Bewährung dieser Schulden als Kapital in privater Hand getrennt. Genau diese Trennung ist jetzt ihr Malus:

Die hoheitlich gesetzte Gleichung von Schulden und Geld, die der Staat erst einmal dekretieren kann, braucht die Bestätigung durch die private Geschäftswelt, so dass diese Schulden auch als Kapital wirken, sich als Kapital bewähren. Dafür braucht es

- zunächst und direkt den Ankauf seiner Schuldpapiere durch Banken, die ihm durch den Kauf und den Kurs, zu dem sie diese handeln, den Charakter von Kapital = sich verwertendem Wert bescheinigen.

- dann aber – damit Finanzkapitalisten das auf Dauer tun – die Verwendung solcher Schulden bzw. der durch die Staatsschulden geschaffenen Zahlungsfähigkeit, als Kapital in der gesamten nationalen Wirtschaft, so dass im Verhältnis zum Wachstum der Schulden auch das Bruttosozialprodukt, das Steueraufkommen – und so die Fähigkeit des Staates die Schulden echt zu verwerten – wächst.

- Wenn der Staat also Schulden macht und mit ihnen seine Aufgaben finanziert, dann verpfändet er zukünftige Steuereinnahmen – im Maß des Schuldenwachstums – schon heute an die Geldbesitzer, die in seine Schulden investieren. Und die tun das – alles ist hier Spekulation und Antizipation –, wenn sie ihm zutrauen, in seinen Grenzen ein Wachstum und darüber Staatseinkünfte zu kreieren, die es ihm erlauben, seine Schulden für sie zu Kapital zu machen.

- Beide Seiten – der Staat, der sich verschuldet und seine Gläubiger – setzen und verlassen sich darauf, dass das Leben der ganzen Gesellschaft als Profitmaschine und der Staatshaushalt wie ein kapitalistischer Betrieb funktionieren: Seine Ausgaben müssen – obwohl sie bloße Ausgaben und kein Kapitalvorschuss sind – wirken, wie wenn sie ein Kapitalvorschuss wären und zu wachsenden Staatseinnahmen führen.

> Wo Schulden als Geld funktionieren, die Gleichung gilt, da verlassen sich Schuldner und

Gläubiger, Staat und Finanzkapital darauf, dass die Welt der Ausbeutung – über die sie untereinander nicht verhandeln – funktioniert und Geld sich praktisch im Geschäftsleben als Kapital bewährt; nicht nur überhaupt, sondern in dem Maß, wie es nötig ist, um übers private Kapital hinaus die ganze Staatswirtschaft als Kapitalanlage zu betreiben. So ist der andere Wesenskern des modernen Geldes – seine zweite Seele – die Ausbeutung der Arbeit fürs Eigentum.

> Das ist dann auch – solange beide Seiten sich darauf verlassen – das große Schwungrad der Akkumulation, der Quell der Dynamik der kapitalistischen Gesellschaft: Der Staat erspart den Banken die Beschränkung ihres Kreditgeschäfts auf das Maß, das sie durch einen eigenen (schon erworbenen) Schatz garantieren können: Garantiert deren Schulden die Gleichsetzung mit Geld; und die Banken nehmen seine Schulden als den Schatz in ihre Bilanz, mit dem sie jederzeit an Geld kommen können, wenn sie es brauchen.

Das ist die Befreiung des Bankgeschäfts – und darüber des Geschäfts überhaupt – vom schon akkumulierten Kapital: Nicht mehr das früher Akkumulierte entscheidet durch seine Quantität über die Profitchancen, die wahrgenommen werden können und für die dann Arbeit aufgewendet wird, sondern umgekehrt: Die ausgespähten Profitchancen entscheiden über die antizipatorische Schaffung des Kapitalvorschusses, den es braucht, um sie wahrzunehmen.

3. Die Überakkumulation von Geldkapital zersetzt die wechselseitige Beglaubigung der ökonomischen Macht von Staat und Finanzkapital

Diese Selbstverständlichkeit ist nun dahin – und damit die gegenseitige Beglaubigung und Befruchtung von Staat und Finanzkapital kaputt; deren Verhältnis geht über in Schädigung.

Geldkapital ist überakkumuliert; jetzt auch das, was der Staat in die Welt setzt. Das lässt sich nicht heilen dadurch, dass die Macht den Kollaps verhindert, indem sie das überakkumulierte Geldkapital, immer noch einmal, noch radikaler vermehrt. Die drohende Entwertung wäre Korrektur – und Katastrophe.

Das Auskaufen der Banken durch Staatskredit – soviel weiß die Welt jetzt – ist keine Überwindung der Krise, sondern ihr Fortschreiten immer mehr hin zum Kern der Sache: vom einzelnen Geschäftszweig – US-Hypotheken –, über die globale Krise des Finanzkapitals bis hin zu dem politischen Garanten des Kredit systems; immer näher an die Frage: Welche politische Gewalt kann durch oder auch jenseits aktueller Rentabilität ihrer Ökonomie die Gleichung von Schulden und Kapital garantieren, d.h. ihr Geld retten. Umgekehrt: Welcher Staat hat an seinem Geld und Kredit die Entwertung = finanzielle Entmachtung zu erleiden.

II. Die Staaten stellen nehmen den Ernst der Lage zur Kenntnis – und doch auch nicht: Für sie ist die Krise ihrer Schulden und Gelder ein Problem der Konkurrenz.

a) Kein Wunder: Wahrheit würde ihnen nichts nutzen, sie nur „handlungsunfähig“ machen, wäre die Anerkennung ihrer Ohnmacht.

b) Ihre Zielsetzung: Sie müssen das Vertrauen der Finanzmärkte für ihre Schulden und ihre Währung (wieder-) gewinnen; im Verhältnis zu anderen Staaten müssen sie die besseren Vertrauensgründe liefern.

> Darin eingeschlossen: Übersetzung von schlechten Schulden = welche, die sich nicht als Kapital bewähren, in zu viele Schulden. Die Qualität wird in die Quantität verschoben; dabei wäre letztere kein Problem, wenn sich die – vielen – Schulden als Kapital bewähren würden. Zu viele Schulden für Staatshaushalt/ Wachstum ist Symptom der Nicht-Bewährung, nicht Ursache.

c) Sie wollen zurück zu einem „gesunden“, wenigstens gesünderen Verhältnis von Staatsschuld und BSP/ Haushalt – aber wie.

Unmittelbar entgegengesetzte „Rezepte“, die überdies in kurzer Frist ausgetauscht werden, dann aber wie Glaubensbekenntnisse gehandelt werden, zeugen davon, dass alle verfügbaren Handlungsalternativen ans Problem gar nicht heranreichen.

- Sparen – Beschränkung der Neuverschuldung –, verbessert das überhaupt das besagte Verhältnis? Oder sorgt sie nur dafür, dass mit den weniger schnell wachsenden Schulden die Kapitalverwertung in der Gesellschaft, die, so wie sie ist, ja nur mit den staatlichen Ausgaben zustande kam, schrumpft? Wie sollen weniger Schulden dazu führen, dass sich die vielen Schulden als Kapital bewähren, die jetzt schon daran scheitern?

So ist die Wirkung eines Sparhaushalts auf die Märkte ambivalent: Deutschland vs. Spanien.

- Oder, wie bis vor kurzem in Deutschland, jetzt in den USA: Zarten, ungefestigten Aufschwung nicht „Kaputtsparen“; weitere kräftige Staatsverschuldung, um erst einmal stabiles Wachstum herbeizuführen.

Also genau das weitermachen, was zu der gegenwärtigen Lage geführt hat.

d) Die Zweifel an der Wirksamkeit beider Wege stehen wieder in den Zeitungen. Nicht aber eine Aufklärung über die ökonomische Natur der Staatsschuld:

- Grundlage und Motor des Wachstums, aber selber kein investiertes und wachsendes Kapital.

- Stattdessen: Keynesianer und Monetaristen – offener, unaufgelöster Widerspruch unter den bürgerlichen Experten

e) Noch einmal etwas anderes ist es, wenn die alternativen Konzepte gegensätzlich von großen Wirtschaftsmächten eingesetzt werden: Abgesehen von ihrer Fragwürdigkeit sind sie dann Angriffe auf die anderen, die nicht so verfahren.

Obama erinnert an die Lehren von 1929: Abwertungswettlauf und

Haushaltskonsolidierung. Sein Vorwurf: Deutschland schädigt die Erholung der Weltwirtschaft durch Sparen und Exportieren. Das kann nur auf Kosten anderer gehen:

1. Die können nichts verdienen.

2. Er will, dass Deutschland die Konkurrenz über Soliditätsbeweise seiner Schulden lässt, weil sie den Vergleich herausfordern und amerikanische Verschuldungsfähigkeit einengen. Merkel spiegelbildlich.

Und dass die Staaten ihren Kredit gegeneinander retten wollen, trägt noch einmal zur Verunsicherung der finanzkapitalistischen Zukunftsperspektiven bei. Denn: Im Kreditsystem sind die Konkurrenten immer auch auf einander angewiesen, hängen nicht nur negativ, sondern auch positiv voneinander ab.

> Misstrauens-Wellen gegen Währungen haben zwar immer die Seite, dass die Flucht aus einer Währung, zugleich Flucht in eine andere ist. Dennoch gewinnt nicht die eine, was die andere verliert, so dass der Stand von Geldvermögen und Kredit in der Welt gleich bliebe:

Das Misstrauen zerstört Vermögen und die Funktionsfähigkeit von nationalen Kreditinstituten, die selbst international engagiert sind.

Deshalb braucht es, begleitend zur Konkurrenz der Nationen um Kredit, auch wieder die Beteuerung der gemeinsamen Sorge um die Weltwirtschaft und des Kooperationswillens, und dass man die Maßnahmen der Konkurrenten nicht gegen sich gerichtet auffasst. (Z:B. G8/ G20-Treffen)

III. Was die Verarmung der Armen als Mittel der Krisenbewältigung taugt: Mittel, Vertrauen der Märkte in den Euro zu stiften

Weder haben die Hartz IV-Ausgaben die Krise herbeigeführt noch kann ihr Wegfallen die geplatzten Verwertungsansprüche heilen.

Dennoch: Dass das Sparpaket „unsozial“ ist, ist der von der Regierung gewollte Eindruck. (Der Vorwurf „unsozial“ wird nicht dementiert, sondern mit „alternativlos“ gekontert.) Denn diese demonstrative Volksverarmung soll ein Souveränitäts- und Solvenzbeweis an die Finanzmärkte sein: Mit der Demonstration, dass sie dem Volk was wegnehmen kann, will

sie ihre Freiheit unter Beweis stellen, den Verzinsungsansprüchen Genüge leisten zu können:

1. Da gibt es viel im Haushalt zu streichen und dem Volk wegzunehmen, ohne dass der Wirtschaft etwas weggenommen wird.

2. Das Volk lässt sich das gefallen.

Diesem Maßstab der souveränen Durchsetzung folgt auch die Opposition mit ihrer Kritik, Sparpakete in dieser Größenordnung durchzusetzen geht nur, wenn die Bevölkerung den Eindruck hat, die Einschnitte wären „sozial ausgewogen“. Soziale Gerechtigkeit wird hier als Mittel der Durchsetzung bemüht.